Preis 15 Pf.

2. Jahrgang. Nr. 25.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Preis 15 Pf.

Donnerstag, den 11. März 1920.

Fernsprecher: Ring 8687. — Telegr.-Adresse: Arbeiterzeitung Breslau. Redaktion: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 15 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 1,65 Mk., vierteljährlich 4,95 Mk. frei ins Haus.

Postscheckkonto: Nr. 28885 „Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1,25 Mk., auswärts 1,50 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,60 Mk. Reklame: Die Reklamezeile, dreigespalten oder deren Raum, hinter Text 5,– Mk.

In Ungarns Bahnen.

Eine Hohenzollerntat.

Zu sehr bedauerlichen Vorfällen ist es in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Hotel Adlon gekommen. Seit etwa drei Wochen verkehrt dort der 1876 als Sohn des Prinzen Albrecht geborene Prinz Joachim Albrecht. Vor etwa 14 Tagen soll bereits ein Zusammenstoß zwischen dem Prinzen und einem Kapitän Klein, Mitglied der französischen Militärmission, erfolgt sein.

Am Sonnabend abend erschien Prinz Joachim Albrecht wieder im Hotel Adlon, in Begleitung des früheren russischen Staatsrates Alexis von Harfeld und dessen Gattin. Sie nahmen in dem kleinen Saal des Hotelrestaurants, der neben dem Lichthof gelegen ist, an einem runden Tisch Platz. An einem der nächsten Tische saß ein Herr G., der im Hotel wohnt, und an einem anderen Tische Rittmeister v. Platen. Etwa in der Mitte des Saales saßen an einem Tisch Kapitän Klein und seine Gattin, Hauptmann Rougevin und Botschaftssekretär Dunard.

Der Zwist entstand, ohne daß ein Wortwechsel vorhergegangen war, etwa gegen 3/4 11 Uhr abends. Fast allabendlich wird im Hotel Adlon von der Kapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. Wie von der Direktion und von Gästen, die dort wohnen, übereinstimmend ausgesagt wird, haben sich zwar in der Regel die deutschen Gäste bei dem Vortrag dieses Liedes erhoben, doch blieben die Ausländer, Amerikaner, Engländer, Franzosen, auch die Neutralen, wie Holländer, Schweden, sitzen, ohne daß diese Haltung zu Unzuträglichkeiten geführt hätte. Als nun am Sonnabend abend die Kapelle das Lied intonierte, erhob sich der Prinz Joachim Albrecht mit seinen Begleitern und auch Rittmeister von Platen stand auf. Diesem Beispiel folgten fast alle Deutschen, so die Gräfin Seydlitz, die an einem Tisch an der Lichthofseite saß, — während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz rief zu dem Ententetisch herüber: „Aufstehen!“ Andere Gäste schlossen sich diesem Ruf an: „Aufstehen, sonst raus!“ Die französischen Offiziere und der Botschaftssekretär leisteten den Rufen keine Folge, sondern blieben sitzen. Darauf warf der Prinz die auf seinem Tisch stehenden Blumen auf den Mitteltisch, an dem die Ententeoffiziere saßen. Das Vorgehen des Prinzen fand sofort Nachahmer. Der Rittmeister v. Platen schleuderte ein Weinglas, das unmittelbar neben der Gattin des Hauptmann Klein zu Boden fiel. Der Prinz, der mit dem russischen Staatsrat bereits mehrere Flaschen Wein getrunken hatte, warf nun seinerseits mit den Gläsern nach den Franzosen. Das war das Signal zu einem allgemeinen Angriff. Von mehreren Tischen eilten Gäste herbei und drangen tätlich auf die Offiziere und den Botschaftssekretär ein. Die Gattin des Kapitän Klein wurde von einigen besonnenen Herren an den Tisch der Gräfin Seydlitz geführt und flüchtete dort durch ein Fenster auf den Lichthof hinaus. An dem Mitteltisch des Saales hatte sich inzwischen eine Prügelei entwickelt. In deren Verlauf kam es zu einem Zwischenspiel zwischen dem Prinzen und einem Grafen Metternich, der an einem Tisch, nur wenige Meter vom Eingang entfernt, saß. Graf Metternich erhob sich und rief in den Lärm: **„Aber meine Herren, beruhigen Sie sich. Die französischen Offiziere dürfen nach ihrem Reglement nicht aufstehen.“** Als der Lärm jedoch nur größer wurde, rief Graf Metternich dem Prinzen zu: **„Schämen Sie sich, Sie wollen ein Prinz sein. Sie und Ihre Familie waren das Unglück für Deutschland.“**

Die französischen Offiziere suchten die Angriffe von sich abzuwehren und erwiderten die Angriffe. Es entstand eine allgemeine Prügelei, bei der beide Seiten mit Flaschen, Tellern und Vasen um sich schlugen. Prinz Joachim Albrecht wollte mit einem Kerzenhalter auf die Franzosen eindringen, doch wurde er von Kellnern umringt und aus dem Saal gebracht. Inzwischen waren auch andere Angestellte des Hotels zur Hilfe gerufen worden und einem größeren Aufgebot Bediensteter gelang es schließlich, die Streitenden zu trennen. Die französischen Offiziere, die sich übrigens in Zivil befanden, sind nicht erheblich verletzt worden, doch haben sie außer einigen Quetschungen und Beulen auch leichte Schnittwunden davongetragen. Hauptmann Klein war der Gesellschaftsanzug zerrissen, der Kragen und das Oberhemd ebenfalls übel zugerichtet worden. Die beiden anderen Franzosen waren glimpflicher davon gekommen.

Nach dem Rencontre kam es noch zu einem Nachspiel in der Halle des Hotels, da auf eine Ansprache des Prinzen sich deutsche Gäste gegen ihn wandten und sein Verhalten sehr scharf kritisierten. Der Prinz schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß man die Franzosen bald aus dem Hotel herausHaben werde.

Als am Sonntag mittag Prinz Joachim Albrecht wieder im Hotel Adlon erschien, um dort zu speisen, weigerten sich die Kellner, ihn zu bedienen.

* * *

Am Montag wurden der Prinz und der Rittmeister von Platen in Schutzhaft genommen. Das Heldenstück wäre nicht vollkommen, wenn der Prinz und seine Begleiter jetzt nicht leugneten, an dem Bubenstück teilgenommen zu haben. Diesen feigen, dummdreisten Ableugnungen steht u. a. die Zeugenaussage des Grafen Metternich gegenüber, der den Prinzen seit langem genau kennt, sowie die Aussage der Kellner, denen der Prinz ebenfalls kein Unbekannter war, die sich am folgenden Tage weigerten, ihn zu bedienen — eine Verwechselung der Person ist also ausgeschlossen! und die doch wahrlich sonst keinen Grund zu einem solchen Vorgehen hätten. Und für diese rohe und feige Frechheit eines prinzlichen Säufers wird natürlich das ganze deutsche Volk verantwortlich gemacht werden und zu büßen haben.

Die Vorfälle in Bremen.

Montag nachmittag befand sich in Bremen eine aus französischen, englischen, italienischen und japanischen Offizieren bestehende Ententekommission. Nachmittags 1 Uhr, als sich zwei französische Offiziere zwecks Anmeldung zur Kaserne begaben, wurden sie von Reichswehrsoldaten mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ empfangen und dann mißhandelt. Sie flüchteten daraufhin in ein Kontorhaus, bis sie von einer Sicherheitspatrouille befreit und in ihr Hotel zurückgeführt wurden. In der Zwischenzeit wurde ihr Auto von Reichswehrsoldaten geplündert.

An einer anderen Stelle kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Reichswehrsoldaten und ausländischen Offizieren. Letztere wurden überfallen, die Uniformen wurden ihnen zerrissen. Die Sicherheitswehr und die Polizei befreite schließlich die mißhandelten Offiziere, die in einen Laden geflüchtet waren, aus den Händen der wütenden Soldaten und brachte sie mit Lastautos in ihre Hotels zurück.

Die unabhängige Fraktion wird zur Klarstellung der Vorgänge und um die Regierung zu zwingen, die Bestrafung der Schuldigen zu veranlassen, in der morgen stattfindenden Sitzung der Bremischen Nationalversammlung einen dringlichen Antrag wegen dieser Vorfälle stellen.

Die Folgen dieser Vorfälle sind unabsehbar, besonders für eine Handelsstadt wie Bremen, das auf den Verkehr mit dem Ausland angewiesen ist. Man fürchtet, daß die Entente ihre Missionen künftighin von Schutzbataillonen begleiten lassen wird, für deren Unterhaltung die Städte, in denen sie sich befinden, aufzukommen haben werden.

In der Arbeiterschaft herrscht über die Vorkommnisse begreifliche Erregung.

Ein gutes Beispiel für Untergebene.

Die deutschnationale Landwirtschaft jammert stets über Betriebsstoffknappheit. Es fehlt an Kohle und Benzin. Dreschmaschinen und Antriebsmotore müssen deshalb sehr oft stillstehen. Das hindert aber den General [illegible] nicht, mit einem großen Personen-Kraftwagen von [illegible] nach Berlin zu fahren, um seine militärischen Besprechungen zu erledigen.

Der Feldzug der Reaktion.

Wenn eine Gesellschaftsklasse keine sinnvolle produktive Arbeit zu leisten braucht, so verfällt ihr geistiges Leben nicht selten in schwindelhafte phantastische, pseudoreligiöse Verschrobenheiten. Der Einfluß Rasputins am Zarenhofe und in der Petersburger Gesellschaft ist typisch. Und auch in Deutschland haben solche Strömungen Macht gehabt und unsagbares Unglück angerichtet. Nicht nur daß die Staatskirche ein einziges groß angelegtes Attentat auf die Wahrheitsliebe, auf die intellektuelle Sauberkeit und Rechtschaffenheit ist und die phänomenale instinktive Verlogenheit des offiziellen Deutschlands gezüchtet hat. Der Aberglaube beherrscht hohe und höchste Kreise, und der frühere Chef des Großen Generalstabs Moltke, der ebenso sehr zum Kriege getrieben hat, wie nachher seine Strategie versagte, war nicht nur ein hirnloser militaristischer Gewaltmensch, sondern zugleich: — überzeugter Gesundbeter. Er glaubte an die „christliche Wissenschaft“, nach welcher der Kranke durch kräftiges gläubiges Beten gesund gemacht wird.

Im Falle Deutschlands hat das Beten versagt. Aber fast hat es den Anschein, als ob diese Methode Moltke von der jetzigen Regierung fortgesetzt würde. Wir denken nicht an Herrn Erzberger, der bekanntlich neben der Arbeit dem deutschen Volke auch das Beten herzlich empfahl. Wir denken an Herrn Noske und seine Freunde in der Regierung. Was soll man dazu sagen, wenn Herr Noske in einem seiner zahlreichen Interviews, die er — wie weiland Wilhelm von Gottes Gnaden — selbstherrlich und eingenommen von seiner originellen Persönlichkeit ohne Verständigung mit den verantwortlichen Stellen, den schmunzelnden Auslandsvertretern gewährt, — was soll man dazu sagen, wenn Herr Noske in solch einem Interview die Behauptung aufstellt, daß die Reichswehr sich mehr und mehr in allen ihren Formen der Republik anpasse? Glaubt Herr Noske wirklich den Schwindel? Oder glaubt er, daß man ihm den Schwindel glauben wird? Oder hält er es für die Quintessenz feinfühliger Diplomatie, wenn 2 Gauner sich augenzwinkernd als Wahrheitsfanatiker komplimentieren? Es hilft nichts, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen und in ungezählten offiziösen Kundgebungen zu „verlautbaren“, daß alles in schönster Ordnung ist. Das ist Methode Moltke. Der „Arzt“ stellt sich in seiner Stube auf und spricht seine Wünsche als Gebete herunter; inzwischen verkommt der Kranke.

Weit entfernt davon, daß die Position der Regierung sich in den letzten Wochen gefestigt hat, hat die Reaktion bedeutsame, und zwar methodische Fortschritte gemacht. Nur vorübergehend seien erwähnt: die neuen Mindest-Preise für landwirtschaftliche Produkte, die doppelt so hoch sind wie die früheren Höchst-Preise; die neuen Kohlenpreiserhöhungen, welche den Bergherren 8 Milliarden neues Kapital zuführen; die Fülle indirekter Steuern, wie z. B. die Umsatzsteuer, und auch die Erhöhungen des Post- und Eisenbahntarifs, die in ihren Wirkungen indirekten Steuern gleichkommen, sowie die Festsetzung des steuerpflichtigen Einkommen-Minimums auf 1500 Mark, während das Existenzminimum für 1 Person 5950 M. ist; die [illegible] in der Landwirtschaft, [illegible] auch bei der Eisenbahn, die Ueberschichten im Bergbau; die Maßregelungen bei der Eisenbahn; die systematische Organisation deutsch-nationalen Radaus in Vorträgen und Vorlesungen (wie z. B. bei Professor Nicolai, Helmuth von Gerlach, Professor M. Hirschfeld, Moissi in Hamburg) und im Theater, sowie der Knüppelterrorismus und die Verherrlichung des politischen Meuchelmordes — dies alles ist ja nur eine Konsequenz der alten unangetastet gebliebenen ökonomischen und militärischen Machtverhältnisse.

Einen Augenblick konnte es scheinen, als ob die Katastrophe der Niederlage diese Machtverhältnisse erschüttern und umwälzen sollte. Aber nein: die Kriegshetzer blieben die Kriegsgewinnler. Junkertum, Finanzkapital und Schwerindustrie behaupteten ihre ökonomische und soziale Macht und daher konnten sie getrost den Namen der Regierung zur ausgibigen Blamage den Scheidemännern überlassen. Ihre Erwartungen sind nicht enttäuscht worden. Und heute ist die Reaktion daher stark genug, um auch dem Schwindel mit dem Namen ein Ende zu machen und die politische Macht ganz und uneingeschränkt zu ergreifen. Es ist ein wohldurchdachter, gut organisierter und mit unerschöpflichen Mitteln geführter Feldzug, gegen den keine Gesundbeterkur des Herrn Noske etwas hilft. Gewiß hat er das nicht um die Reaktion verdient, aber noch immer haben ausgediente Verräter zu hören bekommen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Das Vorgehen Helfferichs gegen Erzberger war das Vorgefecht. Es ist entschieden. Helfferich hat gesiegt. Erzberger ist vorläufig erledigt. Ganz gleichgültig, wie das Urteil ausfallen wird und ob wir den ganzen Prozeß nochmals in zweiter Instanz erleben werden. Daß es sich hierbei nicht um eine Aktion zur Hebung der politischen Tugend gehandelt hat, war klar. Weder hat Herr Helfferich das Recht, den politischen Sittenrichter zu spielen; er, der auf Grund seiner Kenntnis des Zahlenmaterials davon überzeugt war, daß der U-Bootkrieg das Unheil Deutschlands werden müsse, und der trotzdem im Amt blieb und eine von ihm als unheilvoll erkannte Politik verteidigte; er, der durch seine Anleihe-Wirtschaft, durch seine Versprechungen „der Feind muß zahlen!“ die Hauptschuld an unserem heutigen Finanzchaos trägt, und dessen Finanzpolitik in der „Deutschen Bank“ zu den hauptsächlichen Triebkräften des Krieges gehört hatte. Weder ist Herr Helfferich noch Herr Erzberger in puncto „Korruption“ ein Unikum unter den maßgebenden Politikern. Zwar ist die Geschäftigkeit der Regierungskollegen Erzbergers weniger umfangreich, aber der Art nach von der seinen wenig unterschieden. Wenn z. B. der Herr Minister Wolfgang Heine — trotz seiner Ueberlastung mit Amtsgeschäften — Zeit findet, als Rechtsanwalt und Verteidiger an einem Berliner Gericht aufzutreten, obwohl übrigens der angeklagten Firma in Herrn Justizrat Cassuch(?) noch ein anderer erfahrener Anwalt zur Seite stand, ist das eine Beeinflussung des Gerichts oder nicht? Und wenn derselbe Herr Minister Heine und der Herr Reichskanzler Bauer vom Parlament aus objektiv unrichtige Behauptungen ausspricht, ohne sie nachher zurückzunehmen, ist das keine Unwahrhaftigkeit und keine „bedenkliche Leichtfertigkeit im Umgang“? Wie kommt Herr [illegible] [illegible] Zehlendorfer Villa mit dem ehemals [illegible]

Jagdschloß in Sakrow zu vertauschen? Hat Herr Scheidemann sich nicht gerade so gut in der Schweiz erholt, wie Herr Erzberger, und waren die russischen Kalender, die Scheidemann unter seine Protektion genommen hatte, etwas anderes, wie ein großes Geschäft der Firma Sklarz-Parvus, an dem außer diesen Herren kein Mensch ein wirtschaftliches oder sonstiges Interesse haben konnte? Nicht wegen seiner zweideutigen Geschäfte, sondern wegen seiner ungewöhnlichen Geschicklichkeit war Erzberger das Ziel des Angriffs: man wollte in ihm die aktivste politische Kraft der Regierung treffen und zugleich den Führer der demokratischen Richtung innerhalb der Zentrumspartei. Das Zentrum kann bekanntlich sowohl so, als auch anders. Je nach Bedarf treten seine konservativen Grafen oder seine demokratischen Kleinbürger, Gewerkschaftsführer usw. in Funktion. Und mit Erzbergers Sturz haben die feudalen Kreise über die Arbeiterführer innerhalb der Zentrumspartei gesiegt. Dadurch wird in der Regierung die Stellung der „Demokraten", dieser konsequenten Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftsprinzips, außerordentlich gestärkt. Und dies zu einer Zeit, da die Herren Sozialdemokraten wieder einmal gezwungen waren, ein „Ultimatum" zu stellen.

Die Abfindung der Hohenzollern, bei der das deutsche Volk über 1 Milliarde seinem Zerstörer nach Amerongen nachschicken soll, ist ein zu offenbarer Skandal, als daß sie selbst ein Heine, der sonst die Interessen abgesetzter Fürsten beruflich zu vertreten pflegt, ohne Protest mitmachen dürfte. Aber was hilft ein Protest gegen den § 153 der Reichsverfassung, der das Eigentum ausdrücklich garantiert. Und wird es möglich sein, durch ein besonderes Reichsgesetz die Hohenzollern weitgehend zu enteignen? Vermutlich werden die Demokraten hier ein „principiis obsta" [„widersetze dich den ersten Versuchen!"] ertönen lassen. Werden dann die Genossen Ernst machen und gehen?

Vorläufig kleben sie noch. Die deutschnationale Fraktion hat die Auflösung der Nationalversammlung und die Einleitung von Neuwahlen zum 1. Mai beantragt. Mit Recht. Denn das Mandat der Nationalversammlung ging dahin, die Verfassung zu schaffen, und war im August vorigen Jahres beendigt. Seither befaßt sich das Hohe Haus mit angeblichen Notgesetzen, die jedoch in einem Schneckentempo bearbeitet werden, das in krassem Gegensatz steht zu der Schnelligkeit, mit der die militärischen Organe den Absichten und Verordnungen der Regierung zur Unterdrückung der Arbeiterschaft sogar zuvorkommen. Die Steuergesetze könnten ebensogut vom neugewählten Reichstage geschaffen werden. Und zur Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes hatte man wahrlich genug Zeit. Aber die Mehrheitsparteien kleben. Sie erklären, daß die Wahlen frühestens im Herbst stattfinden könnten. Sie wissen sehr gut, was sie von diesen Wahlen zu erwarten haben. Und eben darum wollen sie — die Hasardeurspieler — die Abrechnung über ihr verlorenes Spiel so weit wie möglich hinausschieben. Sie wissen, daß sie längst nicht mehr die Mehrheit des Volkes vertreten. Sie wissen, daß die Nationalversammlung in ihrer heutigen Zusammensetzung ein Hohn auf die Demokratie ist: Aber in ihrem kleinbürgerlichen Klasseninstinkt kümmern sie sich nicht um juristische Spitzfindigkeiten und Formeln, wie Noske es klassisch ausgesprochen hat.

Der Ausnahmezustand darf nur mit vorheriger Genehmigung der Nationalversammlung verhängt werden: trotzdem hat ihn die Regierung am 13. Januar verhängt und erst am 26. Februar der Nationalversammlung davon Mitteilung gemacht.

Soll der Ausnahmezustand nicht zu grenzenloser Rechtlosigkeit und Rechtsunsicherheit führen, so darf das Gesetz nicht eigenmächtig von der Regierung verändert werden: Trotzdem werden im Regierungsbezirk Düsseldorf Gesetze des Strafgesetzbuches verändert und Standgerichte eingesetzt, die auf die Todesstrafe, statt auf Zuchthaus, erkennen müssen.

In Sachsen war der Ausnahmezustand überhaupt nicht rechtmäßig verkündet; trotzdem verbot der Militärbefehlshaber die unabhängigen Zeitungen und ließ mehrere Genossen in Schutzhaft nehmen.

Jeder der Fälle ist — objektiv betrachtet — ein unverantwortlicher Verfassungsbruch, nachdem die Regierung auch nicht einen Tag länger im Amt kleben dürfte, wenn man sich im Ernst auf den Boden der Verfassung stellen würde. Aber wer nimmt diese Sammlung lächerlicher und einander widersprechender Phrasen ernst?

Es ist nicht zu erwarten, daß die Rechtsparteien sich mit der abschlägigen Antwort der Regierung zufrieden geben werden. Vor kurzem schrieb der bekannte deutschnationale Führer, Professor von Freytag-Loringhoven, unter dem Titel „Verfassungsbruch" in der „Schlesischen Tagespost" über die verfassungswidrige Verzögerung der Neuwahlen und über die Mittel, durch welche die Deutschnationalen die Neuwahlen erzwingen könnten, und er empfahl seinen Parteifreunden, die Wählerschaft selbst zu mobilisieren und eine umfassende Protestkundgebung der Wähler selbst zu organisieren. Selbst wenn es den Deutschnationalen nicht gelingen sollte, die erforderliche Stimmenzahl für ihre Eingabe zustande zu bringen, selbst dann wäre dies ein Vorgehen von größter agitatorischer Wirkung, welche sie einzig und allein der unverantwortlichen Kurzsichtigkeit und Angst der Regierung zu danken hätten." Und die Deutschnationalen werden so vorgehen. Mit Hindenburg haben sie bereits ihren Präsidenten aufgestellt. Und Hindenburg hat die Kandidatur angenommen.

Die wütende Miene, welche die Ebertiner ob diesem ehrlichen Bekenntnis machen, wirkt reichlich komisch. Immer wieder hatten sie ihre Gesundbeterkur gerade an Hindenburg versucht. Wie hatten sie sich bemüht, einen dicken Strich zwischen dem „Politiker" Ludendorff und dem „Strategen" Hindenburg zu ziehen! Wie hatten sie sich und ihm selbst einzureden versucht, daß er doch im Grunde unpolitisch und loyal republikanisch und gut scheidemännisch gesinnt war! Nun haben zwar die Scheidemänner niemals ernstlich den beiden Götzen widersprochen. Aber die Verehrung war trotz aller sentimentalen Ehrfurcht durchaus einseitig. Hindenburg und Ludendorff haben sie doch nicht erwidert! Sie ließen sich nicht aneinander irre machen. Wie Hindenburg die Ludendorff'sche Politik rückhaltlos mit seinem Namen gedeckt hatte, so erklärte er sich auch jetzt — zum Schmerz der Gesundbeter — ganz unzweideutig mit aller denkbaren Klarheit mit Ludendorff solidarisch. Es ist wahrlich nicht seine Schuld, wenn die Ebertiner es anders wollten. Aber da bricht die verhaltene Wut der „Volkswacht" durch:

„Hindenburg Reichspräsident?"

„Der Mann, der uns ins Unglück brachte."

Das war er. Er war und ist das „Feldwebelgesicht und Feldwebelhirn", als das ihn Wilhelm der Letzte in einem lichten Augenblicke gekennzeichnet hat. Er hat niemals ein tieferes Verständnis der sozialen und politischen Probleme des Krieges gehabt. Er taugt trefflich zum Präsidenten der deutschen Bourgeoisie und des Mittelstandes. Aber kraft der Eigenschaften, welche die Volkswacht bisher an ihm verehrt hat.

Sie sind auf dem Wege! Und sie haben ein Vorbild: das „christliche" Ungarn. Während der Räteherrschaft hatte die deutsche Regierung offen die Gegenrevolution unterstützt und gegenrevolutionäre Werbebüros geduldet. Und noch vor wenigen Tagen konnte man in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", dem amtlichen Regierungsorgan, folgende merkwürdige Betrachtung über Ungarn lesen: „Selbst wenn diese Nation, einem noch nicht toten geschichtlichen Zug in ihr folgend ..., wieder bei der Monarchie ankommen würde, so würden wir keine Berechtigung des Auslandes anerkennen können, dagegen Einspruch zu erheben, solange ein ungarisches Königtum nichts anderes will als die Würde und Sicherheit der Nation". Es könnte sich herausstellen, daß nicht nur in Ungarn der „geschichtliche Zug" zur Monarchie „noch nicht tot" ist und daß auch die Auffassung von nationaler Würde, wie man sie in Ungarn betätigt, bei Deutschen nachahmendes Verständnis finden wird. Man lese z. B. die Artikel, die Herr Werner von Heimburg in der alldeutschen Presse veröffentlicht. Nach seinen Darstellungen ist Ungarn auf dem besten Wege, der bestgeordnete „christliche" Staat Europas zu werden.

Bemerkenswert ist es dabei, daß dieser Herr von Heimburg Pressedezernent des Korps Lüttwitz in Berlin ist, also an einflußreicher Stelle in der Reichswehr seine Tätigkeit ausübt. Er steht mit seinen Bestrebungen nicht allein. In den Kreisen der Reichswehroffiziere ist vielmehr eine lebhafte Agitation im Gange, welche die monarchistischen Bestrebungen in Deutschland mit denen in Ungarn verknüpft. Es werden militärische Hilfstruppen für Ungarn aufgestellt. Der Leiter des Unternehmens ist ein Graf Normann, der Schwager des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Tisza. Die Aufgabe dieser Truppe soll es sein — bei günstigem Frieden —, Ungarn gründlich zu säubern (wörtlich „tabula rasa" zu machen), — bei ungünstigem Frieden — gegen die Entente zu marschieren und ein Ueberspringen dieser Bewegung gegen die Entente in Deutschland hervorzurufen. Alles ist bereits genau eingeteilt.

Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Und auch Macht, welche Ströme Blut vergießen kann. Die Regierung schwankt zwischen der Angst vor ihrer eigenen Courage und der Angst vor ihrem eigenen Erwachen und den Keulenschlägen der Reaktion. Hier hilft kein Besprechen und kein Gesundbeten mehr. Hier hilft nur aussprechen, das ist: die Reaktion bricht herein. Möge sie an einer zielklaren geschlossenen Tat und opferbereiten revolutionären Front zerschellen!

Wahlrecht und Wahl.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, hat gestern vor der Pressekonferenz einen Vortrag über den Entwurf zu einem Reichswahlgesetz gehalten, der demnächst der Nationalversammlung zugehen soll. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die Zahl der Abgeordneten soll keine feststehende sein, sondern von der Wahlbeteiligung abhängen. Auf je 60 000 Stimmen fällt ein Vertreter. Die

---

Aus Charleville.

Von Dr. W. Appens*.

Ich zürne meinen Zeitgenossen, daß sie mir die Gefühle eines Wilden aus dem 12. Jahrhundert gegeben haben. Die Galle erstickt mich! Diese Offiziere, die Fensterscheiben einschlagen in weißen Handschuhen, die Sanskrit können und über den Champagner herfallen, die einem die Taschenuhr stehlen und dann die Visitenkarte schicken, dieser Krieg um des Geldes willen, diese zivilisierten Wilden sind mir entsetzlicher als die Kannibalen. Und die ganze Welt wird sie imitieren, wird Soldat werden! Ganz Europa wird Uniform tragen!

Flaubert an George Sand. 11. 3. 1871.

Der liebe Gott bezahlt alles.

Rauben und plündern im eroberten Gebiet ist wider das Völkerrecht. Truppen, die es dennoch tun, sind Barbaren. Die Besatzung sowohl als auch die durchziehenden Kampftruppen haben jedoch das Recht, dasjenige den feindlichen Bewohnern abzunehmen, was zum Unterhalt unbedingt notwendig ist. Als Unterpfand ist ein Gutschein auszustellen. Auf solchen Gut- oder Requisitionsscheinen wird die Ware mit Namen und Wert verzeichnet und darunter hat der betreffende Kommandeur der Truppe oder dessen Stellvertreter seinen Namen zu zeichnen und wenn möglich, auch das Dienstsiegel noch beizudrücken.

Nach dem Kriege müssen die Gutscheine eingelöst werden und zwar von demjenigen Volke natürlich, das den Krieg verloren hat.

Da kein Mensch daran glaubte, daß Deutschland den Krieg jemals verlieren und damit auch die Requisitionsscheine bezahlen würde, florierte der Einkauf gegen Gutschein [illegible]. Und je länger der Krieg dauerte, je weiter wurde unser Gewissen. Die Offiziere versuchten sich durch Gutscheinkauf persönliche Vorteile zu verschaffen. Mit Toilettenseifen, Parfüms, Rasiermessern, Weckuhren wurde begonnen. Handschuhe und Halsbänder, Jagdgewehre, photographische Apparate, Regenmäntel und Leibwäsche folgten nach. Da mit der Zeit die Einrichtungsgegenstände abgenutzt wurden, kamen Fenstervorhänge, Gardinen, Tapeten, Klubsessel, Schreibtische, Wandbilder bis zu wertvollen Gemälden an die Reihe. Für Badewannen, Dauerbrenner, neue Klosettanlagen sind ebenfalls Gutscheine ausgestellt worden. In der Ofenfabrik Deville in Charleville z. B. schrieb sich der Direktor gleichsam die Finger wund, um die riesigen Ofenabgänge und die einlaufenden Gutscheine dafür zu registrieren.

Selbstverständlich durften auch die Luxuswagen nicht fehlen, denn ein Etappenoffizier ging nicht zu Fuß. Generalstäbler war aber nicht jeder, um Auto fahren zu können. Deshalb gierte jeder der Herren nach einer zwei- oder vierrädrigen Kutsche mit den entsprechenden Geschirren dazu. Wagenpferde und Ordonnanzen lieferte die Heeresverwaltung dazu. Ueber die Requisition an Kleidern und Getränken will ich hier kein Wort mehr verlieren. Darüber habe ich an anderer Stelle berichtet.

Als dann in den letzten beiden Jahren die Industriehyänen auf dem Plan erschienen, fingen die niedrigsten Gutscheine durch die Bank mit 1000 Francs an und kletterten pro Stück bis nahe an eine Million in die Höhe.

Viele Fabriken wurden auch ausgeräumt, ohne daß eine schriftliche Bescheinigung dafür hinterlassen wurde. Man hielt es nicht mehr der Mühe für wert, das Inventar irgend einer Fabrik vor der Ausräumung aufzuschreiben und die Preise festzulegen. Lachend rief einer dem anderen zu: „Der liebe Gott bezahlt alles!"

Die Franzosen standen dabei. Ihnen blutete das Herz.

Industriehyänen.

In den letzten beiden Kriegsjahren ist sozusagen alles weggeführt worden. Charleville und Umgegend wimmelte von Beutejägern. In den Stahlwerken, Gießereien, Autofabriken, Maschinenlägern traf ich ständig Kommissionen, vornehme Herren in Zivil, die ihre Blicke prüfend in den mit Maschinen, Motoren usw. gefüllten Hallen umherschweifen ließen wie die Händler bei uns auf den Viehmärkten. Man sprach mit gedämpfter Stimme, hielt Zettel an, machte Notizen und verschwand. Wenige Wochen nachher tauchten dann Zivilarbeiterkolonnen auf, montierten ab, luden auf und zogen weiter an einen anderen Ort auf Beute. Ueber diesem ganzen Getue lag die bange Schwüle des bösen Konkurrenzgewissens. Wollte ich mich mit den Monteuren in ein Gespräch einlassen, fragte ich: „Woher, wohin?" man war zugeknöpft und gab ausweichende Antworten. Französische Industrielle steckten die Köpfe zusammen und nannten solche Beutekommissionen in Zivil die deutschen Industriehyänen.

Nun die Militärs auf dem Beutefang. Vom Kriegsministerium ging alles aus. Dort war die Beutezentrale. In der Präfektur in Mezières hatte sich die „Abteilung Beute beim Generalquartiermeister" etabliert. Ein General und an die zwanzig Offiziere mit einer Unzahl von Schreibern in vielen Büroräumen, mit Telephonverbindungen nach allen Punkten der Westfront, nannten sich „Beauftragte des Generalquartiermeisters". Die Hauptarbeit der Herren sollte mit der Märzoffensive 1918 beginnen. Sie wollten dem siegreichen Heere mit Monteurkolonnen nachziehen und die Beute sofort in Sicherheit bringen. Eine besondere Sektion dieser Beuteabteilung führte den Namen „Beauftragte des Generalquartiermeisters für Turbinen". In jedem einzelnen Orte der Westfront arbeiteten wieder die Maschinenabbau-Kommandos. Hunderte von Kriegsgefangenen, Lastautos und Straßendampfmaschinen mit den nötigen Anhängern grasten eine Fabrik nach der andern ab. Heil und in brauchbarem Zustande ist nicht viel nach Deutschland gekommen. Dafür sorgten schon die Kriegsgefangenen und hatten vorher die Kupfersammel-Kommandos gesorgt. Die Militärbehörde zahlte nämlich Sammelprämie. Die Soldaten stiegen in die Fabriken, rissen von Spulen der Stromerzeugern, Ringe usw. die Kupferdrähte, brachen aus den Industrieanlagen die Kupferstäbe, zogen, wo sie nur konnten, die Kupferschrauben aus den Stromplatten, um auf möglichst leichte Weise Prämien und „Finderlohn" zu erlangen.

Ein Charleviller Industrieller führte mich einst in seine verwüsteten Fabrikräume. Er hätte gern mehrere tausend Francs freiwillig an die Soldaten bezahlt, wenn sie seine Fabrik verschont hätten.

Was den Maschinenabbaukommandos nicht mehr brauchbar schien, wurde als Schrott zusammengefahren. Große Eisenhallen und Schuppen mit Wellblech fanden ebenfalls keine Gnade, wurden abgebaut und für Deutschland verladen. Damit den Industriehyänen nichts entging, waren von jedem einzelnen Fabrikgrundstück mit geometrischer Genauigkeit Grundrisse nach bestimmten Maßstäben angelegt und dem Kriegsministerium eingeschickt worden. Damit war es von vornherein ausgeschlossen, daß irgend ein industrielles Wertobjekt vergessen werden konnte. Vorteile von diesen „Requisitionen" — um einen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen — hat nur die kriegsgewinnlerische Schwerindustrie gehabt. Die wenigsten Maschinen sind überdies in brauchbarem Zustande hier angekommen. Es sind bei der Abmontage hundertmal mehr Werte zerstört worden, als zum Verladen kamen. Da die Hallen abgebrochen wurden, fehlte es den abgekämpften Truppen an Stallungen, um ihre abgemagerten, kranken Pferde gegen Witterungseinflüsse zu schützen. Geschütze, Kolonnenwagen konnten nicht unter Dach und Fach geschafft werden. Infanteriebataillone kampierten im Freien. Kurzum, was man der Heimat mit der einen Hand gab, wurde den ohnehin schon notleidenden Fronttruppen mit der andern Hand doppelt genommen.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse an Rauhfutter, Korn, Rüben, Kartoffeln verdarben und erfroren, weil es an Unterbringungsmöglichkeiten fehlte.

Die ganze Scheußlichkeit des Beutesystems zeigte sich zuletzt in den Novembertagen. In den Sammeldepots blieben viele halbzertrümmerte Maschinen zurück, die wegen Mangel an rollendem Material nicht mehr abtransportiert werden konnten. Meterhoch lag der Schrott auf den Halden — stumme Zeugen deutscher Zerstörungswut. Zwei Tage vor dem Abmarsch wurden sogar noch die Laternenpfähle auf den Straßen zerstückt und zerhauen. Zum Abfahren hatte die Zeit nicht mehr gereicht. So mußten sie wenigstens zerstört werden. Das deutsche Volk trägt auch hier wieder letzten Endes die Last.

Eisenwerke in Charleville — wie z. B. dasjenige von Blairon und die Letizfabrik —, welche die Kriegszeit hindurch voll und in Betrieb gehalten worden waren, erhielten ebenfalls noch den Todesstoß auf Befehl der abziehenden Industriehyänen.

---

* Entnommen der soeben erschienenen Broschüre: Dr. W. Appens, Charleville. Preis 1,50 Mk.

ahlkreise werden verkleinert, jedoch mit der aßgabe, daß es in das Belieben der einzelnen arteien gestellt ist, ob sie eine Liste nur für n einen Kreis oder für zwei oder drei zusammenhängende Kreise gemeinsam aufstellen ollen. Das bedeutet, daß diejenigen Parteien, e in den betreffenden Bezirken über eine verltnismäßig schwache Anhängerschaft verfügen, rch die Zusammenlegung mehrerer Kreise die ussicht erhalten, einen oder mehrere von ihren andidaten durchzubringen. Endlich ist noch ne Reichsliste vorgesehen, das heißt: die in n Bezirken überschüssigen Stimmen werden sammengezählt und den Parteien für eine cht an die Wahlkreise gebundene Liste gutgeschrieben. Auf diese Weise wird erreicht, aß schließlich alle abgegebenen Stimmen in er Vertretung zu ihrem Rechte gelangen.

Außerdem sind noch einige andere Reformen eplant, so z. B. die Ausstellung von Wahlässen für Umherziehende und die Wahlberechgung für Auslandsdeutsche.

Wir werden uns unser endgültiges Urteil orbehalten müssen, bis der Entwurf in seinem Vortlaut vorliegt. Nach dem, was Herr Koch orgetragen hat, scheint es aber, daß wir uns it einigen Neuerungen erklären können. as bisherige Verfahren war in der Tat aus rschiedenen Gründen recht angreifbar und sein auptfehler bestand darin, daß es entgegen den rundgedanken des Verhältniswahlrechtes, den Minoritäten gerecht zu werden, eine große Anzahl von Wählern unvertreten ließ.

Das neue Wahlrecht werden wir also in bsehbarer Zeit erhalten. Aber die große Frage t, wann wir von ihm Gebrauch machen können. Im Montag soll in der Nationalversammlung er deutschnationale Antrag auf baldige Anberaumung von Neuwahlen verhandelt werden. Es sieht jedoch so aus, als ob die Regierung nd die Mehrheitsparteien an der Absicht festhielten, den Termin bis zum Spätherbst hinaususchieben. In den Reihen des Zentrums und esonders der Demokraten regt sich gegen die Verschleppung eine gewisse Opposition, aber sie hat kaum Aussicht auf Erfolg, zumal ja die Rechtssozialisten alles daran setzen, das Leben des gegenwärtigen Parlamentes nach Möglichkeit zu verlängern. Daß sich diese Haltung mit ihrer fortgesetzten Betonung demokratischer Grundsätze nicht vereinbaren läßt, ist ihnen oft genug gesagt worden. Aber sie schätzen die Demokratie innerhalb der Grenzen, in denen e ihnen Vorteile bringt.

Verordnung zur Regelung der Ausfuhr.

Der Nationalversammlung ist der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Beratung einer Verordnung über die Außenhandelskontrolle zugegangen. Die Verordnung gibt dem Reichswirtschaftsminister die Befugnis, jegliche Ausfuhr von Waren zu verbieten, die nur mit Bewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen geschehen darf. Es soll für jede Ausfuhrbewilligung eine Abgabe zugunsten der Reichskasse erhoben werden, die die so gewinnenden Mittel zur „Förderung sozialer Aufgaben" verwenden soll. Der Verstoß gegen die Bestimmungen der Verordnung wird mit Gefängnis und Geldstrafen geahndet. Die Geldstrafe muß mindestens dem dreifachen Wert der Waren entsprechen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht; außerdem werden diese Waren zugunsten des Reichs entschädigungslos beschlagnahmt.

Diese Verordnung kommt reichlich spät! Der deutsche Ausverkauf ist bald so vollständig, daß es nicht mehr viel zu retten gibt!

Gegen die Bestialitäten in Ungarn.

Sozialistische Proteste.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, gegen die grausamen Sozialistenverfolgungen in Ungarn eine Protestaktion einzuleiten. Zunächst wird folgendes Telegramm an den Obersten Rat des Völkerbundes gerichtet:

An den Obersten Rat des Völkerbundes durch Herrn Millerand, Ministerpräsidenten, Paris.

Unter Berufung auf die am 21. Juli 1919 dem ungarischen Minister Böhm als Grundlage der Anerkennung einer ungarischen Regierung gestellten Bedingungen, auf den analogen Beschluß vom 27. Juli des Obersten Rates, und auf die Antwort des Ministers Böhm vom 1. August und in Anbetracht der politischen Morde und der Torturen, die täglich in Budapest vorkommen, der summarischen Hinrichtungen von Gewerkschafts- und Parteiführern, der willkürlichen Massenverhaftungen von gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern, der [illegible] Sabotierung der letzten Wahlen, unter Hinweis speziell auf die raffinierte Marter, denen Männer, die in unseren Kreisen ihres geistigen und moralischen Wertes wegen hochgeachtet sind, zum Opfer fielen; in Anbetracht ferner der Tatsache, daß Budapest nun einen [illegible]herd bildet, der ganz Europa mit Ruin und Gewalttätigkeit bedroht, protestiert die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz energisch bei Ihrem R[illegible], der einen maßgebenden Einfluß in Budapest ausübt und durch die von ihm getroffenen Maßnahmen für die politischen Vorkommnisse, die sich gegenwärtig in Budapest abspielen, verantwortlich ist. Wir erwarten Ihrerseits eine energische Intervention, um diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Auch die italienischen Parteigenossen stehen in einer Protestbewegung gegen die Verfolgung des ungarischen Proletariats durch die militärischen Mörderbanden der Bourgeoisie. Im ganzen Lande finden seit dem 29. Februar große Solidaritätskundgebungen für die dem Wüten des ungarischen weißen Terrors Ausgelieferten statt. Sie sollen bis zum 7. März dauern.

Der Protestaufruf der italienischen Parteileitung enthält u. a. folgende markante Stellen:

„. . . Es ist nicht zum ersten Male, daß wir das italienische Proletariat zu einer Solidaritätskundgebung rufen, aber heute hat unser Akt des Protestes eine andere Bedeutung. Er muß beweisen, daß das Rad der Geschichte nicht rückwärts gedreht werden kann, unser Protest soll zeigen, daß die langwierigen Befreiungskämpfe der unterdrückten Klassen diesem Bewußtsein und Kraft gegeben haben. Die Protestaktion soll den bürgerlichen Regierungen ins Gesicht schreien, daß sich das Proletariat nicht ungestraft und ungerächt verderben lasse, der strikte Wille, ein derartiges Gemetzel nie wieder aufkommen zu lassen, muß in der Macht der Kundgebung zum Ausdruck kommen.

Der Aufruf, welcher von den Mitgliedern des Parteivorstandes und dem Sekretär unterzeichnet ist, schließt mit folgenden Sätzen: Den Brüdern, welche leiden, unseren Gruß und unsere Hoffnung. Es lebe die proletarische Solidarität, es lebe die Weltrepublik der Arbeiter!"

Der Kulturterror in Ungarn.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung" schreibt: Die Militarisierung des geistigen Lebens und die Niedertrampelung jeder freien geistigen Regung, aller künstlerischen und wissenschaftlichen Tätigkeit geht Hand in Hand mit dem blutigen Terror in Ungarn. Allein in Budapest sind 600 Lehrer aller Grade von ihren Stellen suspendiert und sehr viele von ihnen einfach aufs Pflaster geworfen worden. Alle Universitätsprofessoren und Dozenten, die mit der modernen wissenschaftlichen Forschung in Berührung geraten sind, wurden ihres Amtes verlustig erklärt. Die ungarische Akademie der Wissenschaften hat aus der Reihe ihrer Mitglieder den weltbekannten Orientalisten Ignaz Goldzieher nur aus dem Grunde ausgeschlossen, weil er ein Jude ist. Die Petöfi-Gesellschaft schändete den Namen des großen revolutionären Dichters damit, daß sie die zwei bedeutendsten Dichter des heutigen Ungarn, den Novellisten Siegmund Moricz und den Lyriker Michael Babits, aus ihrer Mitte ausschloß. Moricz schilderte in einem kleinen Büchlein das Verhältnis des ungarischen Bauern zum Kommunismus, Babits, obwohl im Grunde ein Gesinnungslump, schrieb einige wundervolle revolutionäre Gedichte, fand aber trotz seiner Bekehrung keine Gnade. Die Budapester Universität hat nun beschlossen, daß sie den Doktortitel all denen entzieht, die während der Rätediktatur eine führende Rolle innegehabt haben oder die an der Revolution überhaupt irgendwie als Führer beteiligt gewesen sind. Die philosophische Fakultät will mit diesem Bannstrahl Kunfi, Varga, Pogany, Georg Lukacs, die juristische Agoston, Ronai (beide Universitätsprofessoren!) Landler und die medizinische Eugen Hamburger treffen. Die juristische Fakultät will diese Ehre noch den Grafen Michael Karolyi und den bekannten Soziologen und Staatsrechtslehrer Oskar Jaszi teilhaftig werden lassen. Man kann sich leicht vorstellen, wie es um die Freiheit der Wissenschaft an einer Hochschule bestellt sein muß, wo Revolutionäre nicht einmal unter den Doktoren der Universität geduldet werden!

Die Dienstverweigerer in England.

Ende November fand in England eine Tagung der No-Conscription Fellowship statt, einer Vereinigung von Leuten, deren Aufgabe darin bestand, den Widerstand gegen die Dienstpflicht aus ethischen Gründen zu organisieren. Zum großen Teil waren die Argumente ihrer Anhänger religiöser Art, zum Teil waren es reine Pazifisten, die sich ihr anschlossen.

Bereits während des Krieges gelangten Meldungen über die unerhörten Qualen zu uns, die viele englische junge Männer wegen ihrer Dienstverweigerung auf sich nehmen mußten. Erst jetzt erfahren wir aber aus einem uns zugehenden Exemplar ihres Organs „The Tribunal", welchen Umfang die Bewegung angenommen hatte und wieviele ihrer Mitglieder Verfolgungen ausgesetzt waren.

Nicht weniger als 6312 Mitglieder der Non-Conscription Fellowship weigerten sich, militärische Dienste zu tun: 5790 wurden vor das Kriegsgericht gestellt, von diesen kamen nicht wenige immer wieder vor das Kriegsgericht. 843 wanderten für zwei oder mehrere Jahre ins Gefängnis, 3612 übernahmen friedliche Arbeit (keine Munitionserzeugung) unter Aufsicht eines Regierungsamtes; 69 starben nach der Arrestierung, davon 10 im Gefängnis; 39 wurden gemütskrank infolge der Haft; 349 erklärten sich nach der Haft bereit, Dienste als Kämpfende oder Nichtkämpfende zu übernehmen.

Die „Absolutisten" weigerten sich sogar, die friedliche Arbeit unter dem Home office anzunehmen.

Eine ganze Anzahl der Protestler wurde trotz ihrer Weigerung, irgend welchen militärischen Befehlen zu gehorchen, nach Frankreich deportiert. Von ihnen wurden 35 zum Tode verurteilt. Später wurde die Todesstrafe in 10 Jahre Zwangsarbeit umgewandelt.

Es konnte festgestellt werden, daß 1191 der Mitglieder, die ins Gefängnis wanderten, Sozialisten und Quäker waren.

Der Kongreß beschloß, auch in Zukunft jedem militärischen Dienstzwang Widerstand entgegenzusetzen. Er verlangte die sofortige Demobilisation aller Zwangssoldaten, trat für die Freilassung aller Kriegsgefangenen ein, sowie für Begnadigung aller wegen militärischer Vergehen Verurteilten und verpflichtete sich, für eine gründliche Wandlung des gegenwärtigen Strafsystems zu arbeiten.

Bakunin über die Revolution.

* „Das schrecklichste Elend, selbt wenn es Millionen Proletarier in Mitleidenschaft zieht, ist noch kein genügendes Unterpfand für eine Revolution. Wenn ihre Lage verzweifelt wird, ist es freilich leichter, sie zum Aufstand zu bringen, . . . aber selbst das Elend verbunden mit Hoffnungslosigkeit genügt noch nicht, um eine soziale Revolution hervorzurufen. Zweifellos können einzelne oder selbst lokale Gruppen dadurch in den Aufstand getrieben werden, aber das Gros der Volksmassen wird sich nicht erheben. Dazu bedarf es eines allgemeinen Volksideals, das sich stets historisch tief im Volksbewusstsein herausbildet, genährt, entwickelt und geklärt durch eine Reihe einschneidender Ereignisse und harter, bitterer Erfahrungen, dazu bedarf es eines allgemeinen Bewusstseins des Rechtes und eines tiefen, leidenschaftlichen, sozusagen religiösen Glaubens an dieses Recht. Wenn dieser Glaube und dieses Ideal in dem Volke mit dem Elend, das es zur Verzweiflung gebracht hat, zusammentreffen, dann wird die soziale Revolution unvermeidlich sein und unmittelbar hereinbrechen, und keine Macht wird sie hindern können."

Die Schranken der Macht.

Die kommende Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Rußland und England macht sich in der englischen Presse deutlich bemerkbar. Die großen Tageszeitungen bringen die neuesten Bilder Lenins und Trotzkys bei Ansprachen an große Volksmengen und andere russische Bilder. „Daily Herald", das sozialistische Blatt, setzt seine Berichte über Sowjet-Rußland, die teils von Lansbury, teils von Griffin Barry sind, fort. Die drahtlosen Telegramme Lansburys werden übrigens von der englischen Regierung zensuriert, obwohl sie erklärt hat, daß die Zensur nicht mehr existiere. Die Fortsetzung eines solchen drahtlosen Telegramms, das „Daily Herald" mehrere Tage lang erwartete, ist nie an die Redaktion gelangt. — Man glaubt, daß Lansbury ein neues offizielles Friedensangebot der Sowjet-Regierung an England bei seiner Heimreise mitbringen wird. — Griffin Barry hat Gelegenheit genommen, den Nahrungsmittel-Kontrolleur, Badeyew, aufzusuchen und um seine Meinung zu befragen. Er wollte auch wissen, wie Badeyew über die Diktatur des Proletariats denke und Badeyew sagte ihm, daß er glaube, daß in den meisten europäischen Ländern ein Arbeiterstaat auf dem Wege über eine zeitweilige Diktatur der Arbeiter erreicht werden würde. Er glaube nicht, daß eine Klasse, die gewohnt sei, die Macht durch Gewalt aufrechtzuerhalten, zugeben werde, diese Macht — wie weit im Hintergrunde sie auch liegen möge — durch eine Abstimmung zu verlieren. „Jedoch, ich habe nie in einem konstitutionellen Staat gelebt."

Was hindert aber die Führer, die die Revolution vollendeten, ebenso fest die Macht in den Händen zu halten, wie jede andere herrschende Klasse? Die Antwort war: „Das Kontrollsystem in jedem Sowjet: In der Außenwelt erscheinen die bekannten Führer in vergrößertem Maßstabe wie die Schatten auf einer Wand. Innerhalb des Landes verstehen die Massen die Einschränkung ihrer Macht. Die Einschränkungen sind einfach; so gemacht, daß die Waffen zu [illegible]. [illegible] erste und wirksamste Einschränkung ist die Sozialisierung des privaten Reichtums und Mangel an Privatvermögen läßt einen Tyrannen so gut wie waffenlos, nicht wahr? Die anderen Einschränkungen sind politischer Art — eine allgemeine Arbeiterwahl, eine Amtszeit von 6 Monaten usw. Sie sind alle in der Sowjetkonstitution und in beständiger Anwendung."

Die Diktatur arbeitet in erster Linie nach dem Grundsatz: „Keine Arbeit — keine Nahrung." Die Sowjets kontrollieren beides. In den großen Städten gibt es noch Spekulation in Lebensmitteln, aber sie vermindert sich so, daß sie im Sommer ganz unbedeutend sein wird. Badeyew fürchtet nicht die Rückkehr des privaten Unternehmerprofits in die Industrie. Schwierigkeiten macht das Problem der reichen bäuerlichen Ausbeuter kleiner Gruppen des Dorfproletariats.

„Es ist unser schwierigstes Problem, ja wie es heute in Europa überall ist. Er (der Bauer) kann jahrelang zur Not davon leben, was sein Land hervorbringt. Er kann es ertragen, seines Wahlrechts beraubt zu sein. Die Mehrheit betrachtet ihn als Unterdrücker, aber im Klassenhaß liegt für ihn nichts Ungewohntes. Jedoch, früher oder später muß er fabrizierte Waren haben: Werkzeuge, Kleider, Möbel. Und die Fabriksowjets haben eine Warenblockade über ihn verhängt. Langsam tritt der reiche Bauer das Land, das er und seine Familie nicht bebauen kann, an den Dorfsowjet ab."

Die Theorie ist richtig, aber wir fragen: ist in Rußland das Klassenbewußtsein und die Unbestechlichkeit in den wenigen Jahren der Sowjetherrschaft so stark und so fest gegründet worden, daß tatsächlich der Bann, der auf dem bäuerlichen Ausbeuter liegt, nicht durchbrochen wird?

Müssen wir im Kampf gegen Korruption und Schieber bei Rußland in die Lehre gehen?

Volkswirtschaftliche Nachrichten aus Sowjet-Rußland.

Die Bourgeois- und die sozialdemokratische Presse wiederholt unendlich oft den Ruin der russischen Volkswirtschaft. Es wäre töricht zu behaupten, daß die Volkswirtschaft Rußlands nach dem sechsjährigen Kriege, der Blockade, der Sabotage der Intellektuellen, dem passiven Widerstand der Bauern, blühend wäre. Wichtig ist aber nur, ob die Krise überwunden ist und Rußland sich bereits auf dem Wege des Neuaufbaues befindet, oder ob der Verfall — wie die Feinde es behaupten — unaufhaltsam fortschreitet? Es würde zwar gegenüber diesen Behauptungen genügen, darauf hinzuweisen, daß ein im unaufhaltsamen Verfall begriffener Staat keine große siegreiche Armee haben kann, nicht Armeen von einem Ende des Landes ans andere werfen kann, und dies nach mehr als zweijährigem Bestand! Dies alles würde beweisen, daß in Rußland die Produktion nicht so im Argen liegen kann, als behauptet wird. Wir wollen aber aus den letzthin eingelangten russischen Berichten einige konkrete Daten hervorheben. In Saratoff ist eine neue Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen eröffnet worden. Die monatliche Lieferung der Fabrik beträgt 112000 Geräte.

An der Organisierung der Eisenindustrie im Ural, deren Ausnützung sehr veraltet, wird fieberhaft gearbeitet. In zwei Werken werden Breitspurschienen, in der anderen Schmalspurschienen hergestellt; außerdem Nägel, Draht, Telegraphenmaterial usw. In den dortigen Reparaturwerkstätten werden monat-

10 bis 15 Lokomotiven und 500 bis 600 Waggons repariert.

Durch die Wiedereroberung des Urals besitzt Rußland beinahe das Monopol der Platin-Erzeugung. Alle Platin-Erzeugnisse werden jetzt in Rußland selbst hergestellt. Die Arbeiter, Techniker und Ingenieure Sowjet-Rußlands haben die Produktion auf die Höhe der Technik in Europa gebracht: für alle technischen, medizinischen und wissenschaftliche Zwecke kann Sowjet-Rußland Platin-Erzeugnisse herstellen.

Die Einführung der „kommunistischen Samstage" in den Eisenbahnwerkstätten ergab ein glänzendes Resultat. Vom 1. Mai bis 1. Juni erhöhte sich die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven um 4,1 Prozent. Von dem ganzen Lokomotivenbestand befinden sich in Reparatur oder harrten ihrer Instandsetzung am 1. Mai 62,5 Prozent, am 1. Juni nur noch 46,6 Prozent. Bei der Reparatur der Güterwagen erhöhte sich der Bestand an betriebsfähigen Wagen im Monat Juni um 10,5 Prozent; die Zahl der in einem Monat instand gesetzten Wagen um 38 Prozent.

Die baltische Fabrik setzte zwei Lokomotiven und 252 Güterwagen instand, erfüllte daher 100 Prozent ihres Programms; die Fabrik für Signalvorrichtungen 37 Prozent. Ebenso gute Ergebnisse wurden in der Reparatur von Schiffen und Flußfahrzeugen erreicht.

Aus der Provinz.

Landeshut. Sämtliche Bezirkskassierer und Zeitungsausträger haben das Quartal Januar—März mit Gen. Kühn, Perschkestr. 6, am Sonntag, den 14. d. Mts., vormittags, abzurechnen.

Schosdorf. Die hierselbst abgehaltene Volksversammlung, welche am 26. Februar stattfand, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. In zweieinhalbstündigem Vortrag verstand es Genosse Hegler, die gesamte Lage den Erschienenen vor Augen zu führen und überaus reichlicher Beifall

sagte am Schlusse seiner Ausführungen. In der Diskussion wollten eigentlich drei Kaisersozialisten sprechen, da aber der erstere (Rektor Wilke-Greiffenberg) seine Ausführungen beendet hatte, gab der Versammlungsleiter dem Referenten das Wort zur Erwiderung. Somit war ihr gemachter Plan, durch langes Reden an die Polizeistunde heranzukommen, vernichtet. Mehrere Genossen traten unserer Partei bei.

Lokales.

Breslau, den 11. März 1920.

An
das Generalkommando des VI. A.-K.
Breslau.

Resolution.

Für Genossen Gruschwitz

hat der Ortsrat der U. S. P. folgende Resolution dem Generalkommando des VI. A.-K. unterbreitet:

Die am 2. März 1920 tagende Funktionär-Versammlung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei befaßte sich mit dem Schutzhaftbefehl gegen unseren Genossen Stadtverordneten Max Gruschwitz. Die Funktionär-Versammlung stellt fest und verurteilt es aufs entschiedenste, daß bis zum heutigen Tage noch keine Begründung des Haftbefehls bekanntgegeben worden ist. Sie sieht darin eine Verhöhnung der „freiesten Demokratie", die Deutschlands angeblich sein soll. Die Funktionär-Versammlung fordert für alle gewählten Vertrauensleute, also auch für die Stadtverordneten, das Recht, für ihre Wähler an der Stelle einzutreten, in die sie gewählt worden sind. Die Funktionär-Versammlung sieht in dem Haftbefehl eine Behinderung des Genossen Gruschwitz in der Ausübung seines Stadtverordnetenmandats und verlangt vom Generalkommando des VI. A.-K. die schnelle Aufhebung dieses Schutzhaftbefehls.

Arbeitsnachweis und Militärdrill.

In der „Breslauer Morgen-Zeitung" stand kürzlich ein Inserat folgenden Inhalts:

„Wer arbeiten will, dem wird Arbeit nachgewiesen in Industrie und Land."

Die Arbeiter suchende Stelle war wunderbarerweise das Korps Paulsen in Carlowitz. Dem Meldenden wurde eröffnet, daß er zuerst auf vier Wochen dem Korps einverleibt, militärischen Drill erhält und alsdann der Landwirtschaft oder Industrie überwiesen wird. Nun entsteht die Frage: Ist das Korps Paulsen ein offizieller Arbeitsnachweis und wozu müssen die zu vermittelnden Arbeiter erst einen militärischen Kursus durchmachen? Soll vielleicht den reaktionären Agrariern in Pommern oder anderswo unter die Arme gegriffen werden, damit etwaige renitente Landarbeiter, die das „Wohlwollen" ihrer agrarischen Arbeitgeber nicht begreifen wollen, zur Räson gebracht werden?

Eine Forderung der Breslauer Erwerbslosen.

(Die U. S. P. mit der Bildung eines Erwerbslosen-Rates beauftragt.)

In der gestern abend im Kronprinz, Westendstraße, einberufenen Arbeitslosenversammlung referierte Genosse Eckert unter Beifall über die allgemeine Wirtschaftslage und die Lage der Arbeitslosen im besonderen. Als Ergebnis der Veranstaltung wurde von den Arbeitslosen folgende Resolution eingebracht und angenommen:

Die heut im Gasthof zum Kronprinzen, Westendstraße 50/52, zahlreich versammelten Erwerbslosen erklären, daß die erhöhten Unterstützungssätze, wie sie der Reichsanzeiger im Januar 1920 veröffentlichte und wie diese am 1. Februar 1920 **auch in Breslau zur Auszahlung gelangen sollten, bis jetzt den Erwerbslosen vorenthalten wurden.** In Ermangelung einer Interessenvertretung (Erwerbslosenrat) **beauftragen die Versammelten den Ortsrat der U. S. P.** geeignete Maßnah… zu treffen, daß eine allgemeine Erwerbslo… versammlung Anfang nächster Woche vorm… einberufen wird, woselbst ein **Erwerbslo… rat zu bilden ist,** der den Erwerbslosen zu ihrem gesetzmäßigen Recht verhilft.

Auch die Erwerbslosen erkennen im… mehr, daß nur die U. S. P. ihre Intere… wirksam vertritt.

Die Breslauer Arbeitsgemeinschaft … Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschla… Lange Holzgasse 7, Ecke Albrechtstraße, hat in a… Stille das schwere Werk der Ermittelung aller … Breslau wohnhaften, fast 80 000 abstimmun… berechtigten Oberschlesier beendet und diese segen… reiche Arbeit nunmehr auch auf die Kreise Bresl… Land, Ohlau und Neumarkt ausgedehnt. … Entlastung der Arbeitsgemeinschaft sind in Bresl… die Vereine heimattreuer Oberschlesier Nord… Nordwest, Mitte, Südost und Südwest gegrün… worden, die bereits eine rege Tätigkeit entfalt… Um eine neue Heerschau abzuhalten, vera… staltet die Arbeitsgemeinschaft am Donnerst… 18. d. Mts., abends 7½ Uhr, im Friebeberg … meinsam mit den Vereinen Mitte, Südwest u… Südost eine große öffentliche Versammlung, in … Professor Dr. Knötel-Kattowitz und Justiz… Paul Albers-Breslau sprechen werden. … Vorträge werden durch musikalische und gesangli… Darbietungen unter Leitung von Oberorgan… Kupfermann umrahmt werden. (S. Inser…

Das Presseamt wird am Freitag, den 12. Mä… von dem Ratszimmer am oberen Remter n… Zimmer Nr. 20 des Stadthauses, 1. Stock, Zuga… über die Haupttreppe des Rathauses, verlegt. … bisherige Fernsprechanschluß, Magistrat 30, ble… erhalten.

Direktor Hans Stosch-Sarrasani feiert … wahre Triumphe in Breslau. Ausverkaufte Häu… spenden ihm begeisterten Beifall, wenn er sei… gewaltige Elefantenherde in der Manege meiste… oder wenn er als Maharadschah in dem indisch… Schaustücke „Sirbhanga" erscheint, von verschwe… derischem Prunke umrauscht. Niemals hat ein… unserer Zirkusmänner faszinierender gewirkt, … persönlichen Auftreten, als Regisseur, als kün… lerischer Schöpfer.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer, für die Inserate Fritz Albrich.
Druck: Buchdruckerei Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr: **Carmen.**
Freitag 6 Uhr: **Tristan und Isolde.**

Lobe-Theater.
Donnerstag 7½ Uhr: **Der lebende Leichnam.**

Thalia-Theater.
Donnerstag 7½ Uhr: **Frau Warrens Gewerbe.**

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Täglich 7½ Uhr: **Die Csárdásfürstin.**
Freitag 7½ Uhr: **Der Rastelbinder.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Die Rose v. Stambul.**
Montag 7½ Uhr: **Die Försterchristl.**

Viktoria-Theater
Täglich 7½ Uhr: **Eheurlaub**
Sonntag 3½ Uhr: Nachm.-Vorstellung.

Liebich-Theater.
Täglich 7½ Uhr: Das neue März-Programm.

Zeltgarten
Täglich 8 Uhr:
Der ganze Kerl

Eden Theater
Lichtspiele in höchster Vollendung
Heute
Bergschrecken
Sensations-Drama aus dem bayer'sch. Hochgebirge.
Motto: Eifersucht ist eine Leidenschaft, die mit Eifer sucht, was Leiden schafft.
Drum prüfe, wer sich ewig bindet ....
Pikantes reizendes Lustspiel.

Ober-Bayern
Täglich große …-Konzerte
30 Mann
Anfang 6 Uhr

Uhren kauft od. repariert

Achtung! Wo?
Bei H. Kluge

Walhalla-Theater
Am Wachtplatz.
Lotte Neumann
in dem gross. nord. Drama
Armes Prinzeßchen
gross. pack. Schicksalstragödie eines gestürzten Herrscherhauses.
Amt Zukunft
Famoser nord. Schwank.
Erstklassige Rezitation.

Union-Theater
Graupenstrasse 6.
Und die Liebe siegt
Auss. pack. Schicksalstragödie aus dem Leben eines … Herrenreiters
4 grosse Akte.
Die Dienerschaft lässt bitten?
Famos. Schwank. 3 Akte.
Erstklassige Rezitation.

Möbel
kaufen Sie gut und billig bei der altbewährt. Firma (gegr. 1885)
Paul Fahnroth
Breslau 2
Neudorfstrasse 13.

Militär- und Zivil-Garderobe

Felle u. Häute
Achtung!
Zahle die höchst. Preise für Felle aller Art.
Gebauer

Jupiter Lichtspiele
Westendstrasse 50/52
Ab Freitag, d. 12. März
Der Kampf der Geschlechter
Spannende Tragödie ein. Wahrheitssuchers in 6 Abteilungen.
Ferner das gute **Beiprogramm!**

Volks-Garten-Lichtspiele
48 …str. 48.
Vom Schicksal erdrosselt
Eine Familientragödie in 5 Akten.
Liebessportler
Lustspiel in 3 Akten.
Dazu: Das glänzende Beiprogramm.

Spiralbohrer
Reibahlen, Gewindebohrer

Jede Frau
Frau C. Helbing

Bettnässen
Befreiung sofort.

Sarrasani
Täglich 7½ Uhr
Mittw. u. Sonnt. auch 3 Uhr:
Das gewaltige
Circus-
Programm u. d. Ausstatt.-Schaustück
Sirbhanga
Das Henkersfest von Singapore.
… halbe Preise für Kinder. Vorverkauf b. … Tauentzienplatz, bei … & Co., Ohlauer Strasse Ecke Taschenstr. und an der Circuskasse ab 10 Uhr ununterbrochen.

Schallplatten
werden getauscht
Musikhaus Melzer
Fr.-Wilh.-Str. 36.

Brautpaare billige Möbel

2 tür. Schrank mod.	250 M
2 tür. Vertiko	250 „
1 Tisch m. Schublade	65 „
4 Stühle à 21	84 „
2 Bettstellen m. Matr.	420 „
1 Küche, 7 teil. mod.	400 „
alles zus.	1469 M

Max Giesel
Brüderstraße 23.

Für Brauer
Gummistiefel amerik., 44, neu, zu verkaufen.
Wicke,
Wallstraße Nr. 33.

„Holznot-Breslau"
Telephon: Ring 3990 und 9834
verkauft Brennholz
1/10 Rm. Mk. 10.— ab Werke
Siebenhufenerstraße 33 Telephon Ring 108
Briegerstraße 2 Telephon Ring 9252
Rosenthal Lauterbach'scher Holzplatz, Telephon Ring 1520
Die Gemeine Arbeitsgenossenschaft Siebenhufenerstraße
berechnet für Fuhren von 1/10 Rm. und mehr
frei Keller Mk. 1.80 per 1/10 Rm.

Anzug-Stoffe
in allen Farben und Qualitäten
auch blau und schwarz
Tuchlager Carl Korte
Salzstraße Nr. 37

Flüchtlinge, Landleute

Oberschlesier!
Bekennt Euch erneut zu
Eurer Heimat
Kommt zur
Oeffentlichen Versammlung
im Friebeberg
am Donnerstag, den 18. März, abends 7½ Uhr.
Es sprechen:
Prof. Dr. Knötel, Kattowitz,
Justizrat Paul Albers, Breslau.
Dazu musikalische u. gesangliche Darbietungen unter Leitung von Oberorganist **Kupfermann.**
Freie Aussprache. Eintritt frei.
Breslauer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland.
Vereine der heimattreuen Oberschlesier
Breslau-Mitte, -Südwest, -Südost.

Wo kaufen wir uns. Zigarren, Zigaretten u. Tabak sowie alle bekannten englisch. Zigaretten nur rein orientalische Tabake, auch mildeste?
Friedrich-Wilhelm-Str. 18, Hausflur

Referentenmaterial.

Das Zentralkomitee U.S.P.D. gibt alle 14 Tage für die Funktionäre Referentenmaterial heraus. Bestellungen von den Einzelgenossen bei den Ortsgruppen, von Ortsgruppen bei den Kreisleitungen, von Kreisleitungen b. d. Bezirksleitung.

Parteigenossen und Leser unserer Zeitung!

Beruft Euch bei allen Einkäufen auf die Schles. Arbeiter-Zeitung und kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.